

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppelgespaltene Einzelzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 17. Oktober 1931

35. Jahrgang

Nummer 42

Ist die heutige Krisis des Arbeitsmarktes eine vorübergehende Erscheinung?

Weite und gerade die maßgebenden Kreise des deutschen Unternehmertums wehren sich noch immer mit aller Macht gegen die Einführung der Vierzigstundenwoche. Eines der Argumente, das von dieser Seite dagegen angeführt wird, ist, daß die heutige Arbeitslosigkeit nur ein vorübergehender Zustand ist und es sich deshalb nicht verantworten läßt, eine so tief einschneidende Maßnahme, wie es die allgemeine Einführung der Vierzigstundenwoche darstellt, vorzunehmen.

Ist dieser Einwand stichhaltig? Ist wirklich damit zu rechnen, daß sich die Lage des Arbeitsmarktes in absehbarer Zeit ändert, ändert natürlich in dem Sinne, daß auch ohne namhafte Arbeitszeitverkürzung die Zahl der Arbeitslosen auf ein volkswirtschaftlich erträgliches Maß zurückgehen wird?

Selbstverständlich hoffen und wünschen alle, daß die heutige Zahl von 4 Millionen Arbeitsloser keinen Dauerzustand darstellt, und es ist sogar möglich, daß diese Hoffnung nicht trügt. Vorläufig aber wissen wir mit Sicherheit, daß sie sich zum Winter hin noch beträchtlich erhöhen wird; es liegen auch noch keinerlei Anzeichen dafür vor, die auf eine wesentliche Herabminderung für das nächste Frühjahr schließen lassen. Im Gegenteil, um nur ein Beispiel anzuführen, wird die Drosselung des Wohnungsbaues auch noch im nächsten Jahre anhalten — mit all ihren verberlichen Folgen für den Gesamtarbeitsmarkt. Denn auch im kommenden Frühjahr werden die Ursachen noch nicht behoben sein, die jetzt zu dieser Drosselung geführt haben.

Wir haben also zunächst noch mit einer Verschärfung der Krise und, dadurch bedingt, mit steigendem Elend zu rechnen. Das ist wahrlich ein schlechter Trost für die Millionen, die heute schon und zum Teil seit Jahren sich nach Arbeit und Verdienst sehnen. Es würde unter diesen Umständen — objektiv gesehen — freilich schon als eine „wesentliche Entlastung“ angesprochen werden, wenn wir alsdann erst mal wieder den Stand von „nur“ 4 Millionen erreichen würden. Kein Mensch vermag heute zu sagen, ob und wann selbst diese relative „Entlastung“ eintreten wird. Noch unsicherer ist daher eine Voraussage, ob und wann jemals die augenblickliche Zahl von 4 Millionen unterschritten werden wird. Aber selbst, wenn es einmal so weit kommen wird, so steht doch fest, daß das noch lange, sehr lange, dauern wird, so daß man von einer „absehbaren Zeit“ hier nicht mehr zu sprechen berechtigt ist. Es müßte denn schon ein Wunder geschehen, und die sind in unserer rationalistischen Zeit rar geworden; um wenigsten geschehen sie im heutigen Wirtschaftsleben, in dem sich alles nach nützlichen, eigenen und aller Welt erkennbaren Gesetzen vollzieht.

Aber ist es denn überhaupt denkbar, daß all die vielen Millionen Arbeitsloser noch einmal voll in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden? Man könnte eine leise Hoffnung nach dieser Richtung hin haben — wenn es sich bei der heutigen Arbeitsmarktkrisis lediglich um ein deutsches Problem handelte. Das ist doch aber nicht der Fall. Das wissen alle. Und deshalb sollten sich auch alle darüber klar sein, daß es sich bei der heutigen Krisis nicht mehr um einen vorübergehenden Zustand, sondern um einen Dauerzustand handelt. Man scheut sich beinahe schon, es noch auszusprechen, weil es alle Welt weiß und es schon zu einer Weltwahrheit geworden ist: Es ist das Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch, das uns in diese Krise mit Naturnotwendigkeit hineingebracht hat, und die nicht eher verschwinden wird, als bis dieses Mißverhältnis behoben ist. Das Tiefbedauerliche daran ist nur, daß diejenigen, die berufen wären, an der Beseitigung dieses Mißverhältnisses in entscheidender Weise mitzuwirken, das nicht tun, weil sie es nicht tun wollen! Das ist das deutsche Unternehmertum, das sich besonders die führenden Schichten desselben. Statt dessen sucht man nach allen möglichen Argumenten, um sich der Verantwortung zu entziehen. Ein solches Argument ist nun auch der Einwand, daß es sich bei der Krisis des Arbeitsmarktes nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt.

Es kann sein, daß dieses Argument bisher in nicht unmittelbarer beteiligten Kreisen, vielleicht sogar auch in Arbeiterkreisen, noch immer Glauben gefunden hat. Die Gewerkschaften haben die Richtigkeit der Unternehmerbehauptung längst bezweifelt und mit ihnen auch die Wissenschaft, soweit sie nicht auf die Vortrefflichkeit des privatwirtschaftlichen Systems eingeschworen ist. Nun haben die Gewerkschaften aber den Beweis für die Richtigkeit ihrer Auffassung auch in wissenschaftlich unanfechtbarer Weise angetreten, und zwar in ihrer zum Gewerkschaftstongreß herausgegebenen Schrift zur Vierzigstundenwoche¹.

In dem darin enthaltenen Abschnitt: „Der Arbeitsmarkt vor und nach dem Kriege“ wird in schlüssiger Weise nachgewiesen, daß wir in Deutschland in fast allen Wirtschaftszweigen seit 1907/1913 ein nahezu ununterbrochenes Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben. Es wird darin einwandfrei nachgewiesen, daß neben den durch Konjunktur und Jahreszeit verursachten Arbeitslosigkeitsperioden, die an sich auch schon eine ständig steigende Tendenz aufweisen — daß neben dieser Steigerung periodischer Arbeitslosigkeitsziffern eine ständig zunehmende durch strukturelle Veränderungen der Wirtschaft bedingte Arbeitslosigkeit einhergeht. Diese strukturell bedingte Arbeitslosigkeit, die mehr und mehr überwiegt, aber ist es, die nicht als ein vorübergehender Faktor anzuspüren ist, sondern die dauernd ist und dauernd bleibt, ja die sich nach all den Erfahrungen, die wir inzwischen mit der Rationalisierung des Produktionsprozesses gemacht haben, in Zukunft eher noch steigern wird. Man muß sich dabei vor Augen halten, daß der heutige Produktionsmechanismus, wie allgemein bekannt, ja längst nicht bis zu seiner vollen Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden kann, eben weil es an Absatz fehlt. Eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Leistungskapazität bedeutete daher noch längst nicht eine Mehrereinstellung von Arbeitskräften. Die Millionen Arbeitsloser sind also verurteilt, auch weiterhin bei vollen Scheuern zu hungern.

Es ist hier nicht der Ort, auf die in der genannten Schrift ent-

haltene Beweisführung näher einzugehen. Diejenigen, die sich berufen und verpflichtet fühlen, für die lebensnotwendige Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere für die Vierzigstundenwoche, einzutreten, sollten sich das umfangreiche, durchschlagende und, wie schon gesagt, wissenschaftlich unanfechtbare Material zu eigen machen. Es bietet die denkbar besten Beweisgründe für die Unhaltbarkeit der Unternehmerthese, daß es sich bei der heutigen Arbeitsmarktkrisis um einen „vorübergehenden Zustand“ handelt. Nein! Diese

Herunter mit den Preisen!

Man hat den Lohnabbau mit dem Versprechen eingeleitet, daß auch die Preise gesenkt werden. Indes sind die Preise gerade für die wichtigsten Waren nicht gesunken, wohl aber ist der Lohnabbau mit aller Schärfe durchgeführt worden. Der Hinweis auf den Preisabbau bei einigen Industrieerzeugnissen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß weder die Miete noch die Lebensmittelpreise, noch die Ausgaben für Beförderung zurückgegangen sind. Der Arbeiter und kleine Angestellte wendet den größten Teil seines Einkommens für Miete, Lebensmittel und Beförderung auf, ihn interessieren daher in erster Linie die Preise für diese Dinge. Solange der Arbeiter hierfür überhöhte Preise zahlen muß, und zwar Preise, die sein Einkommen nahezu verschlingen, kann er sich andere Waren nicht kaufen. Der Einzelhandel klagt jetzt über den Umsatzrückgang an Kleibern und Schuhen, Möbeln und Haushaltsartikeln. Aber dieser Umsatzrückgang ist nur eine Folge davon, daß die breite Masse kein Geld für den Erwerb dieser Waren hat. Um der breiten Masse die Möglichkeit des Erwerbs zu geben, müssen entweder die Löhne erhöht oder die Preise gesenkt werden. Hierbei darf auch nicht vor der Miete, den Lebensmitteln und der Beförderung haltgemacht werden.

In den letzten Wochen hat eine Massenflucht aus den Neubauten eingesetzt. Auch die Altbaummieter suchen sich zu verkleinern. In den Großstädten wurden noch nie so viel Leerzimmer und möblierte Zimmer angeboten wie jetzt. Das sind doch Beweise dafür, daß die große Masse die Mieten nicht mehr aufbringen kann. Niemand schränkt sich im Wohnen ein, wenn die Notwendigkeit nicht dazu vorliegt. Ebenso klagen alle Verkehrsgesellschaften über den katastrophalen Rückgang des Verkehrs. Die Reichsbahn, die städtischen Verkehrsgesellschaften und die Privatbahnen berichten über starke Verluste. Der Grund für den starken Verkehrsrückgang liegt auch in der Schwächung der Massenkraft. Die große Masse muß auf Reisen verzichten, sie kann selbst die städtischen Verkehrsmittel nur noch in beschränktem Umfang benutzen. Bisher sind aber die Verkehrsgesellschaften mit ihren Tarifen noch nicht zurückgegangen, obwohl dem Verkehrspersonal das Einkommen erheblich gekürzt worden ist.

Der größte Skandal aber liegt bei den Lebensmittelpreisen. Die Politik des Ernährungsministers Schiele ist ganz und gar darauf eingestellt, den Großagrariern die Einnahmen nicht zu kürzen. Daher ist der Roggen sowohl wie der Weizen in Deutschland bedeutend teurer als im Auslande. Auch die Kartoffeln und der Zucker, Fettwaren und Fleisch kosten hier erheblich mehr. Zudem macht sich neuerdings noch eine Preissteigerung für diese Waren bemerkbar. Die Roggenpreise sind von Anfang September von 170 auf 195 Mark je Tonne gestiegen. Nach Veröffentlichungen des preussischen Statistischen Landesamtes liegt in den preussischen Großstädten der Brotpreis in diesem Jahre um 3 Prozent höher als im Vorjahre. Es ist bisher nichts geschehen, was darauf hindeutet, daß mit diesem skandalösen Zustand ein Ende gemacht werden soll.

Es ist aber etwas anderes geschehen. In der Generalversammlung des Bayerischen Landwirtschaftsrates hat der Reichsernährungsminister Schiele eine Rede gehalten, in der er sich für einen weiteren Lohnabbau und die Lockerung des Tarifrechtes aussprach. „Lohn- und Gehaltsabbau“, erklärte Herr Schiele, „müssen mit der Verringerung der Kosten der Bedarfsgüter Hand in Hand gehen“. Nach den Entscheidungen im Ruhrgebiet sollen grundlegende, gesetzliche Regelungen auf arbeitsrechtlichem Gebiete erfolgen. Herr Schiele setzt sich also für den weiteren Abbau der Löhne ein, er tut aber nichts, was geeignet wäre, die Lebensmittelpreise zu senken. Zu den Bedarfsgütern gehören auch landwirtschaftliche Erzeugnisse. Der Rückgang der Preise für diese Bedarfsgüter läßt sich bis jetzt nicht feststellen.

So darf es auf keinen Fall weitergehen. Die Minister reden vom Lohnabbau, während gleichzeitig neue Preissteigerungen erfolgen. Dieser Weg führt in den Abgrund. Die Massenkraft schrumpft immer mehr zusammen, der Verbrauch geht immer mehr zurück, die breite Masse der Bevölkerung verelendet dabei. Die Entwicklung in den letzten Monaten hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß mit dem Lohnabbau die Krise nicht überwunden werden kann.

Herunter jetzt mit den Lebensmittel- und Mietpreisen, herunter auch mit den Beförderungstarifen! Die Arbeiterschaft hat Opfer genug gebracht, jetzt müssen jene Kreise herangezogen werden, die wirtschaftlich die Stärkeren sind. Reden haben wir genug gehört, wir wollen endlich Taten sehen. Aber Taten, die nicht den Besitz schütten und den Armen das letzte Stück Brot vom Munde wegnehmen, sondern die die Not lindern und nicht das Gefühl des Messens mit zweierlei Maß aufkommen lassen.

Man wird dabei an der Senkung der Mieten, der Lebensmittelpreise und Beförderungstarife nicht vorbeigehen können. Sie bilden im Arbeiterhaushalt den größten Ausgabenposten. Allein die Mieten verschlingen bei den Arbeitslosen in vielen Fällen die Unterstützung. Die Ersparnisse, soweit welche gemacht worden sind, sind aufgebraucht, viele Sachen aus dem Haushalt verkauft oder verpfändet. Das nackte Elend ist bei den Arbeitslosen zu Hause. Ein harter Winter steht vor der Tür, und für Brennmaterialien, Licht und warme Kleidung fehlt das Geld. Da müssen jetzt die Ausgaben gesenkt werden. Besser als die Einrichtung von Volkstüchen für Arbeitslose ist die allgemeine Senkung der Lebensmittelpreise. Man handle aber bald, ehe es zu spät ist!

Krise ist eine Dauerkrise, begründet in den Widersprüchen des privatkapitalistischen Systems, und die Vierzigstundenwoche ist eines der zunächst unbedingt notwendigen Mittel, diese Krise zwar nicht zu beheben, sie aber doch in etwas zu mildern und Hunderttausenden am Leben Verzweifeln der neue Hoffnung, neuen Lebensmut, neuen Kampfesgeist zu verleihen.

Darum: Her mit der Vierzigstundenwoche!

Zur Lage der deutschen Wirtschaft

Schon in Nummer 41 des „Steinarbeiter“ berichteten wir über die Stellungnahme des Geschäftsführers des Zentralverbandes der Deutschen Steinindustrie Dr. Andres zu obigem Thema, gleichzeitig unsere eigene Meinung hinzufügend. Heute bekommen wir den Schluß seiner Darlegungen zu Gesicht, deren markanteste Stellen wir unseren Lesern mit den erforderlichen Bemerkungen ebenfalls wiedergeben wollen:

„Politik gehört nicht in die Wirtschaft, und es ist eine Unmöglichkeit, die staatliche Autorität dafür einzusetzen, daß bestimmten Bevölkerungsschichten unter allen Umständen ein bestimmtes Einkommen garantiert wird, während die anderen Bevölkerungsschichten sehen können, wo sie bleiben. Die Gewerkschaften sind — darüber wird wohl kein Wort zu verlieren sein — wahrhaftig leistungsfähig genug und heute gewiß auch genug erstarkt, daß sie in der Lage sind, selbst diejenigen Löhne durchzusetzen, von denen sie glauben, daß sie sie unter den heutigen Umständen durchsetzen können. Es ist höchste Zeit, daß die Verantwortung für die Lohngestaltung wieder denjenigen Gruppen zurückgegeben wird, die mit ihrem Wohl und Wehe die Lohnfestsetzung auch tatsächlich zu verantworten haben, nämlich den Unternehmern und Arbeitern, den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden.“

In diesen drei Sätzen ist wieder sozial durcheinander gewürfelt, daß es mehrfacher Druckerzwänge bedarf, die Behauptungen und Forderungen Dr. Andres zu widerlegen bzw. als ungerechtfertigt abzutun. Die Arbeiterschaft hat längst erkannt, daß nur ihre Politik nicht in die Wirtschaft gehören soll, daß das Unternehmertum es aber für selbstverständlich hält, seinen Einfluß in Staat und Wirtschaft ungehindert und ungehemmt zum Ausdruck zu bringen. Am Parteibuch der bürgerlichen Parteien ist nicht das geringste auszufehen. Dieses soll wie in Vorkriegszeiten die ausschließliche Empfehlung zur Bekleidung öffentlicher, mehr oder weniger einflussreicher Ämter sein, während man den aus der Arbeiterschaft aufrückenden Personen die Sicht nach der staatlichen Futtertrappe“ nachjagt. Politik und Wirtschaft sind so eng miteinander verflochten, daß sie sich überhaupt nicht voneinander trennen lassen und als ein zusammengehöriges Ganzes behandelt werden müssen.

„Die staatliche Autorität darf einsetzen, daß bestimmten Bevölkerungsschichten unter allen Umständen ein bestimmtes Einkommen garantiert wird, während die anderen Bevölkerungsschichten sehen können, wo sie bleiben“, halten auch wir nicht für richtig, wenn es sich um die besterstellten Bevölkerungsschichten drehen würde. Doch um diese handelt es sich ja nicht. Dr. Andres wendet sich, wie man von ihm als Unternehmervertreter ja auch gar nicht anders erwarten kann, gegen den staatlichen Schutz der wirtschaftlich Schwachen, gegen den Schutz der Arbeitslosen und gegen den Schutz der unter dem wirtschaftlichen Druck der allgemeinen Not stehenden noch beschäftigten Arbeitnehmer. Im übrigen werden wir uns seine „unter den heutigen Umständen“ doch nur höhnischen Bemerkungen über die Gewerkschaften einprägen und ihre Anwendung ziehen, wenn sich das Blatt der Geschichte wieder zugunsten der Arbeitnehmerschaft wendet. Nur das eine sei in die Erinnerung aller zurückgerufen, daß die Unternehmer in Zeiten guter Konjunktur nichts gegen Fällung und Verbindlichkeitsklärung von Schiedsgerichten einzuwenden hatten, weil weitergehende Forderungen der Arbeiter durch sie zeitweise abgewehrt werden konnten. Auch die staatliche Subventionierung bankrotter Unternehmen und ganzer Wirtschaftszweige (Bananen, Bergbau, Landwirtschaft) läßt sich das Unternehmertum gern gefallen, ja es schreit ständig nach solcher staatlicher Unterstützung. Mit direkten (Stiftungen) und indirekten (Lebensmittelzölle) Subventionen erhält die deutsche Landwirtschaft gewiß nicht weniger von der Allgemeinheit aufzubringende Mittel als die Arbeitslosen, deren Schuld es doch nicht ist, daß sie am Erwerb ihres Unterhaltes gehindert werden. Doch Dr. Andres weiß es besser:

„Es ist auf die Dauer nicht erträglich, daß durch politischen Druck die Löhne künstlich hochgehalten werden im Interesse einer von Monat zu Monat kleiner werdenden Schicht, während die Schicht derjenigen, die ihre Arbeit verlieren, von Monat zu Monat größer wird. Die Entwicklung der Dinge hat gezeigt, daß es nicht möglich ist, daß die in Arbeitstendenzen der Arbeitslosen ernähren können, daß man vielmehr wieder zu dem gesunden Grundsatz zurückkehren muß, daß die Löhne in ein solches Verhältnis gebracht werden, daß sie von der Wirtschaft getragen werden können und daß ein möglichst großer Kreis von Arbeitern allmählich wieder in den Produktionsprozeß eingefügt wird, wenn auch mit geringeren Löhnen und wenn auch die ohnedies sehr zusammengeschmolzenen Schichten der Arbeiterschaft, die das Glück haben, heute noch in Arbeit zu stehen, eine Reduktion ihres Lohnes sich gefallen lassen müssen. Es ist dies ein einfacher Akt der Gerechtigkeit gegenüber denjenigen, die durch das bisherige System der künstlichen Hochhaltung der Löhne mit Hilfe des staatlichen Zwanges brotlos geworden sind.“

Danach ist also das A und O der ganzen Wirtschaft nur die Lohnfrage. Niedrige Löhne, und in Verbindung mit ihnen (wenn auch unerwähnt) lange Arbeitszeit, sollen die Millionen Arbeitslose wieder in die Betriebe bringen. Kein Wort vom technischen Fortschritt, vom massenhaften Ausbau der Betriebe, der es ermöglicht, selbst die größten Aufträge auszuführen, ohne wesentliche Neueinstellungen vorzunehmen. Was jeder Arbeiter sieht, das braucht ein akademisch gebildeter „Wirt-

¹ Die Vierzigstundenwoche. Untersuchungen über Arbeitsmarkt, Arbeitsvertrag und Arbeitszeit. Verlagsgesellschaft des DGB, Berlin S 14.

„Schäftsleiter“ natürlich nicht — zugucken, denn daß er es weiß, steht außer allem Zweifel. Doch geht den Fall, es gelänge der deutschen Wirtschaft, mit niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit den Weltmarkt zu erobern, was wäre die unausbleibliche Folge? Entsprechende Gegenmaßnahmen der Absatzländer auf dem Gebiete des Lohnes, der Arbeitszeit und — des Zolles. Auf dem Rücken der Arbeiterklasse aller Länder würde sich der Konkurrenzkampf der Unternehmer aller Länder abspielen, bis die Arbeiterklasse der Welt auf dem Niveau der chinesischen Kulis oder der brasilianischen Kaffeepflanztagelöhner angelangt wäre. Demgegenüber verlangt die Arbeiterklasse, daß die Arbeitszeit dem technischen Fortschritt entsprechend verkürzt wird, damit freierwerdende Kräfte im Produktionsprozeß verbleiben und bereits verdrängte wieder Aufnahme finden können.

Zur Stärkung der Kaufkraft sind überlegte Preise und Einkommen in Staat und Wirtschaft abzubauen, anstatt den breiten Volksmassen ihr Einkommen zu verkümmern. In Nummer 41 des „Steinarbeiter“ brachten wir eine kleine Auslese von Großverdienern, die sich, wie Dr. Andres, gewiß nicht genug aufregen können über die Begehrlichkeit der Arbeiter. Die oberen Zehntausend sind doch nicht in der Lage, die sich immer mehr steigende Massenproduktion zu konsumieren. Massenproduktion erfordert Massenabsatz, und dieser ist nur möglich mit einer entsprechenden Kaufkraft der Massen. Daß dem Dr. Andres bei dieser Gelegenheit auch wieder die Soziallasten herhalten müssen, die richtig gesehen nur einen Teil des Arbeitslohnes darstellen, ist selbstverständlich. Er schließt seine diesbezüglichen Ausführungen mit den Worten:

„Es wird heute niemand mehr zweifelhaft sein, daß die Beiträge zur Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege in dem bisherigen Ausmaß nicht mehr aufgebracht werden können.“

Wir sind der Meinung, daß nach Artikel 163 der Reichsverfassung jedem Deutschen die Möglichkeit gegeben werden muß, seinen Unterhalt durch wirtschaftliche Arbeit zu erwerben, und daß für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt wird, wenn ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann. Inwiefern ist das Bestreben der Arbeiterklasse ja seit jeher darauf gerichtet, die Arbeitslosigkeit einzuschränken bzw. zu beseitigen. Sie hat nicht das Interesse des privatkapitalistischen Unternehmertums mit Hilfe einer möglichst großen, schlecht unterstützten Reservearmee Arbeitsloser das Lohnniveau der Arbeiterklasse möglichst niedrig zu halten. Das Unternehmertum glaubt immer noch mit der Aufbringung geringer Unterstützungssätze besser abzukommen, als mit der Gewährung höherer Löhne im Beschäftigungsfalle. Gelingt es dem Unternehmertum, das Arbeitslosenversicherungsprinzip durch das Fürsorgeprinzip mit der allgemeinen Bedürftigkeitsprüfung zu ersetzen, dann ist das Arbeitslosenproblem für das Unternehmertum gelöst.

Auf die von Dr. Andres gewünschte Steuerpolitik des näheren einzugehen, müssen wir uns an dieser Stelle verjagen. Es ist selbstverständlich, daß er das Unternehmertum möglichst entlasten, die breiten Massen der Arbeiterklasse aber entsprechend belasten will.

„Das Reich besteuert die Wirtschaft in einem Ausmaß, daß sie zugrunde gehen muß, und die größten Betriebe, die zugrunde gehen, nimmt das Reich dann weg und verstaatlicht sie. Wir haben das neuerdings an der Danatbank und an der Dresdner Bank gesehen und haben bei der Kreditwirtschaft erlebt, was man früher seit Jahren in der Industrie, d. h. in der Produktion gesehen hat.“

Eine solche Darstellung ist doch der Gipfel der Demagogie. Das Reich muß im allgemeinen Volksinteresse die Suppe auslöffeln, die ihm das unfähige privatkapitalistische Wirtschaftssystem eingebracht hat, und seine „Führer“ wagen es noch, den Spieß umzudrehen, und das Reich für ihre eigene Schuld verantwortlich zu machen. Es ist die alte Spitzbubenmethode, im Davonrennen zu rufen: „Haltet den Dieb“. Eine Belegung der Wirtschaft wird man nach Dr. Andres nur dann erwarten können,

wenn das sich als verfehltes herausgestelltes System der sozialistischen Maximen, der Zwangswirtschaft und staatlichen Bevormundung, das auf der ganzen Linie bankrott gemacht hat, endlich aufgegeben und die Wirtschaft aus ihrer Bevormundung wieder befreit wird.

Nur wenn wir von der sozialistischen Gleichmacherei frei werden und die Entwicklung der Einzelpersonlichkeit wieder in den Vordergrund staatlicher Politik rücken, und wenn man aus dieser Erkenntnis auch die Folgerungen zieht, wird man die Hoffnungen haben dürfen, daß in dem Trümmerfeld, das wir heute vor uns sehen, die ersten Bausteine für die Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft gefunden sind.

Das könnte den Unternehmern und ihren Sachwaltern so passen, wenn sie, wie in Zeiten des Frühkapitalismus, das vermeintliche Recht der wirtschaftlich Starken über die wirtschaftlich Schwachen in jüggelosester Willkür ausüben könnten. Nicht gegen „sozialistische Gleichmacherei“ wenden sich die Nutznießer des privat-

kapitalistischen Systems, sondern gegen eine **gemeinnützige, allen Volksgenossen zugutekommende Wirtschaftspolitik**. Hierüber die Massen und insbesondere die Kollegen der Steinindustrie und des Steintrafenbaues aufzuklären und sie zu Mittämpfern gegen das korrupte privatkapitalistische System zu machen, ist unser aller Aufgabe.

1. Ausschussigung des ADGB.

Am 2. Oktober 1931 trat der Bundesausschuß des ADGB unter dem Vorsitz von Leipart zu seiner ersten Sitzung nach dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß zusammen. Gegenstand der Beratungen waren in erster Linie die drohenden Verschlechterungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik und des Tarifrechts sowie der Kampf um die Erhaltung der Löhne, deren planmäßiger Abbau in den letzten anderthalb Jahren ohnehin schon zu einer krisenverschärfenden Zerstörung der Kaufkraft geführt hat.

Der stellvertretende Vorsitzende, Graßmann, erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er ging dabei aus von den Gerichten, die über die Pläne der Reichsregierung bezüglich der Umgestaltung der sozialpolitischen Einrichtungen und insbesondere eingreifender Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung sowie einer Lockerung des Tarifrechts durch die neue Notverordnung in Umlauf sind. Der Bundesvorstand hat versucht, sich durch unmittelbare Verhandlungen mit dem Reichskanzler und dem Reichsarbeitsminister Klarheit über die beabsichtigten Maßnahmen zu verschaffen, Maßnahmen, die offenbar zunächst sehr viel weitergehende Ziele verfolgten.

Was die Lockerung des Tarifrechts angeht, so ist dabei schwer zu entscheiden, ob die geplanten Maßnahmen auf den Einfluß der Arbeitgeber, insbesondere der Schwerindustrie und der Bergbauindustriellen, zurückgehen, die ja seit Jahren diese Pläne verfolgen, oder ob der Sturz des englischen Pfundkurses die Regierung zu der Auffassung gebracht hatte, daß auf keinem anderen Wege die wirtschaftliche Lage eine Erleichterung erfahren kann. Jedenfalls scheint sich in den vergangenen Wochen in den Regierungskreisen die Auffassung festgesetzt zu haben, daß man nur durch eine Auflockerung des Tarifrechts den Notstand über den kommenden Winter retten könne. Eine weitgehende Einschränkung der Verbindlichkeit der Tarifverträge, Verkürzung der Laufdauer der Tarifverträge, Einführung eines vorzeitigen Kündigungsrechtes, Aufnahme von Bestimmungen in die Tarifverträge, die es ermöglichen sollen, notleidenden Betrieben Ausnahmebedingungen zuzugestehen, eine Ausdehnung des Begriffs der Notstandsarbeiten, die auch privaten Arbeitgebern unter gewissen Bedingungen ein Abweichen vom Tariflohn gestattet würde, und endlich eine weitere Senkung der Löhne, der allerdings eine Zerschlagung der Kartell- und Innungspreise parallel gehen sollte — diese Gedanken scheinen die Auffassung der Regierung weitgehend bestimmt zu haben. Ursprünglich hat wohl der Plan bestanden, dahingehende Bestimmungen bereits in der kommenden Notverordnung festzulegen. Kein Zweifel, daß diese Auflockerung der Tarifverträge einem Ende des Tarifrechts gleichkäme. Der Versuch, diese einseitigen Maßnahmen mit dem Hinweis auf die Auswirkungen des Pfundsturzes und die Verluste, die bei langfristigen Ausfuhrlieferungsverträgen sich ergeben würden, zu rechtfertigen, bewegt sich durchaus in den Gedankengängen der Arbeitgeber. Das vor einigen Tagen veröffentlichte Sofortprogramm der Industrie ist ein eindeutiges Zeugnis dafür, daß die Reichsregierung, aus Furcht vor einer neuen Inflation, sich auf eine Wirtschaftspolitik einzulassen drohte, die tatsächlich die Auswirkungen der Krise in ihrer ganzen Schwere auf die Schultern der Arbeiter abwälzen würde. Wie es scheint, war man in Regierungskreisen der optimistischen Auffassung, daß die Arbeitgeber in ihrer großen Mehrheit tariffreundlich seien und daß auch die verbleibende Minderheit keineswegs auf einem einheitlich tariffeindlichen Standpunkt stehe. Wenn diese Illusionen einer Widerlegung bedürftig hätten, so ist der Nachweis ihrer Tariffreundlichkeit in dem Sofortprogramm der Industrie mit aller Deutlichkeit geführt worden. Die Verhandlungen der Gewerkschaften und der Partei mit der Regierung haben ohne Zweifel das positive Ergebnis gehabt, daß eine Neuregelung des Tarifrechts in diesem seinen Bestand gefährdenden Sinne nicht in die neue Notverordnung aufgenommen worden ist. Damit ist die Gefahr freilich noch keineswegs abgemindert, da in der zweiten Hälfte Oktober eine neue Notverordnung bevorsteht.

Es ist auch der Gedanke erwogen worden, die Unabdingbarkeit der Löhne nur bis zu einer Höhe von 80 v. H. aufrechtzuerhalten und die verbleibenden 20 v. H. der freien Vereinbarung zu überlassen. Dieser Gedanke eines abdingbaren Spielraums von 20 v. H. ist aber offenbar nicht die einheitliche Ueberzeugung aller Mitglieder des Kabinetts. Die Durchführung dieses Gedankens birgt selbstverständlich die Gefahr in sich, das Tempo des Lohnabbaues zu beschleunigen und ihm ein Ausmaß zu geben, das selbst in der Geschichte der letzten anderthalb Jahre ohne Beispiel wäre. Auch zur Begründung dieser Maßnahme ist die Furcht vor der Inflation

der entscheidende Gesichtspunkt. Man sehe nur der **Alternativ**, entweder eine Inflation, die psychologisch untragbar sei und zur völligen Vernichtung des Sparsinns führen würde, oder eine Deflation, die eine Senkung aller Löhne, Gehälter, Preise und öffentlichen Ausgaben in sich schloße. Tatsächlich ist in diesem Zusammenhang Deflation nur ein anderes Wort für Lohnabbau, denn die Erfahrung der letzten Jahre hat bewiesen, daß die Regierung auf keinem Gebiet so ohnmächtig ist wie auf dem einer bewußten Einwirkung auf die Preise.

Die Arbeitslosenversicherung ist bei ihrem jetzigen Beitragsaufkommen von 6 1/2 v. H. des Lohnes noch nicht janiezt. Es wird für die 6 Wintermonate mit einem Defizit gerechnet, das, je nachdem, wie hoch man die Durchschnittszahl der Arbeitslosen für diese Zeit schätzt (5,8 bis 6,2 Millionen), sich auf 110 bis 210 Millionen Mark belaufen würde. Zuschüsse oder Darlehen an die Reichsanstalt stehen im Etat zum Ausgleich nicht zur Verfügung. Statt dessen hat die Notverordnung vom 5. Juni 1931 den Vorstand der Reichsanstalt ermächtigt, zum Ausgleich die Unterstützungsdauer zu verkürzen, die Sätze der Arbeitslosenversicherung bis auf die Sätze der Krisenunterstützung herabzusetzen (eventuell auch beides gleichzeitig). Möglich wäre auch eine Erhöhung des Beitrages. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Beschluß des Vorstandes ausschließlich vom Willen der Reichsregierung abhängig war, da der den Ausschlag gebende Präsident der Reichsanstalt in derartigen Fällen auf Anweisung der Reichsregierung stimmt. Die Reichsregierung war ursprünglich geneigt, dem ständigen Drängen der Unternehmer zu folgen und im Vorstand der Reichsanstalt einen Beschluß durchzusetzen, der die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützungssätze auf die Sätze der Krisenunterstützung bei gleichzeitiger Verkürzung der Unterstützungsdauer von 26 auf 18 Wochen, für die Saisonarbeiter von 20 auf 14 Wochen enthalten sollte. In zahlreichen Verhandlungen haben sowohl die Gewerkschaften wie auch die SPD-Fraktion die Regierung auf das Unerträgliche einer solchen Maßnahme hingewiesen und den schärfsten Widerstand angeündigt für den Fall, daß sie trotzdem durchgeführt würde.

Diese Vorstellungen haben insoweit einen Erfolg gehabt, als in der entscheidenden Sitzung des Vorstandes der Reichsanstalt der Präsident nunmehr entgegen dem ursprünglichen Vorschlag sich dafür erklärte, nur die Unterstützungsdauer von 26 auf 20 Wochen (für Saisonarbeiter von 20 auf 16 Wochen) herabzusetzen, die Unterstützungssätze dagegen auf der bisherigen Höhe zu belassen. Die Arbeitgeber ihrerseits nahmen daraufhin den ursprünglichen Vorschlag der Reichsregierung als ihren Antrag wieder auf. Dieser Arbeitgeberantrag wurde nun mit den Stimmen der Arbeitnehmer und des Präsidenten zu Fall gebracht. Mit der gleichen Mehrheit wurde alsdann, entsprechend dem zweiten Vorschlag der Regierung, die Verkürzung der Unterstützungsdauer beschlossen. Diese Lösung mußte unter den obwaltenden Verhältnissen als die denkbar erträglichste angesehen werden, zumal von der Regierung das Versprechen abgegeben wurde, die Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge entsprechend zu verlängern.

An den Bericht des Kollegen Graßmann schloß sich eine sehr eingehende Aussprache; sie ergab die einmütige Ablehnung jedes Eingriffs in das geltende Tarifrecht. Die Gewerkschaften sind entschlossen, an den grundsätzlichen Bestandteilen des Tarifrechts unter allen Umständen festzuhalten. Tarifverträge, die weitgehende Abweichungen von den getroffenen Vereinbarungen in der einen oder anderen Form zulassen, haben für die Gewerkschaften keinen Wert.

Die Behandlung der Arbeitszeitfrage durch die Regierung hat sich zu einem offenen Skandal entwickelt. Die Gewerkschaften müssen auf dem strikten Verbot aller Ueberstunden, die gerade in letzter Zeit stark zunehmen, bestehen und darüber hinaus das Ziel der Vierzigstundenswoche mit Entschiedenheit verfolgen. Die ganze gegenwärtige Regierungslinie bestehe nur noch darin, immer mehr Arbeitslose zu schaffen, nur das könne der Effekt der fortwährenden Drohselung der öffentlichen Ausgaben sein. Dann ging Leipart ein auf den Besuch Lavals und Briands in Berlin. Er erinnerte daran, daß die Unterredung zwischen den deutschen und französischen Ministern zu dem Entschluß zur Einsetzung eines deutsch-französischen Wirtschaftskomitees geführt habe. In das Komitee sollen auch Vertreter der Arbeitnehmer beider Länder gewählt werden. Die deutschen Gewerkschaften haben seit längerer Zeit wiederholt die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich gefordert, und sie erblicken in der Einsetzung des Komitees einen bedeutenden Schritt zur Förderung des Einvernehmens zwischen beiden Ländern. Es ist selbstverständlich, daß sie das größte Interesse an der Beteiligung bei diesen Arbeiten haben. Die deutsche Regierung hat beschlossen, 6 Arbeitnehmervertreter in den Ausschuß zu berufen. Die 6 Delegierten der Arbeitnehmerseite sollen Mitglieder des Plenums sein, das sich vermutlich aufteilen wird in eine Reihe einzelner Arbeitskommissionen, zu deren Arbeiten wiederum Sachverständige hinzugezogen werden. Von den 6 Vertretern der Arbeitnehmerseite hat der ADGB, 2 zu benennen. Willi Eggert und Fritz Tarnow werden dazu bestimmt.

Aus dem Wetterwinkel



Elende, grausige Zeit! Jetzt, wo überall die Einnahmen durch diktatorische Gewalt oder gar „von selbst“ als Auswirkung dieser Gewalt bedeutend zurückgehen, hört man noch immer den Mahnruf und spürt auch die Maßnahmen zum Sparen! Sparen! Vertieft man sich aber in die Zusammenhänge und Auswirkungen dieser Sparmaßnahmen, dann taucht sicherlich bei objektiver Prüfung die Frage auf: Sollen wir uns denn zu Tode sparen? Wo man hinblickt, wird zur parsimonen Wirtschaftsführung aufgefördert. Sparfameit kann gewiß bei bestimmten Gelegenheiten und zu jeder Zeit nur Gutes zeitigen, aber so wie das heute proklamiert, verfügt, verordnet und diktiert wird, ist es wirklich eine Gefahr geworden; wird schließlich persönlicher, wirtschaftlicher und staatlicher Selbstmord! Ich meine hier natürlich nicht den Sparabbau der wirklich hohen Pensionen und der tatsächlich hohen Gehälter im Staat und in der Privatwirtschaft, ich meine vor allem die maßlose Verschwendung jener Einkommen, die kaum oder überhaupt nicht von der Hand zum Munde reichen. Durch die gewollte Abdrosselung dieser kleinen und kleinsten Einkommen ist, volkswirtschaftlich und staatlich gesehen, ein nicht abzusehender Anflug angedrückt worden. Wer auf diese Folgen aufmerksam gemacht und selbstredend auch ständig dagegen gewarnt hat, das waren — die Gewerkschaften und ihre politische Vertretung. Wer aber die auf falligen Grundzüge angewendeten Sparmaßnahmen und Anordnungen laut begrüßt hat, das waren jene Unternehmer-, Spielerei- und Krämerseelen, die beileibe nicht ihr eigenes meist sehr auskömmliches Einkommen sehen, sondern immer nur das der anderen Leute, besonders bei Arbeitern und unteren Beamten. Jetzt kommen diese Seelen allmählich doch dahinter, welche Folgen es zeitigt, wenn neben der allgemeinen Krise, die sowieso schon die Kaufkraft vieler durch die Arbeitslosigkeit abdrückt, den anderen, die noch durch Arbeitsleistung über Einkommen verfügen, dieses immer mehr beschnitten wird. Jetzt hört man sogar ganz andere Töne vom Einkommen der Arbeiter und unteren Beamten, jetzt, wo jene vom Abbau bei anderen so begeistertem am eigenen Einkommen verspüren, wie der Zusammenhang sich auswirkt. Man braucht nur einmal in jene Kreise hineinzugucken, da kann man heute sogar recht revolutionäre Töne vernehmen, die allerdings wiederum verkehrt, im Nationalsozialismus, also in der Politik der wildgewordenen Spielerei ausklingen.

In England ist neuerdings eine ähnliche Situation wie in Deutschland eingetreten, da ist es nun interessant, zu hören, wie der durch seine Arbeiten auch in Deutschland bekannt gewordene englische Volkswirtschaftler Keynes über das Verweigerungssparen denkt, er tat den Ausspruch:

„Jeder Engländer, der fünf Schilling spart, macht einen anderen fünf Stunden arbeitslos.“

Und in der Zeitschrift der Unternehmerverbände in der deutschen Südwirtschaft wird zu dem Problem Sparen in folgender Weise Stellung genommen:

„Das Schlimmste, was jetzt passieren kann, ist, den Dingen einfach weiter ihren Lauf zu lassen oder sich in rein negativen Maßnahmen zu erschöpfen. Zu diesen negativen Maßnahmen muß man heute allerdings die so oft und so laut gepriesene Tugend des Sparens rechnen. Das Reich spart, die Länder und die Gemeinden sparen, die Wirtschaft spart, alle senken ihre Kosten, ermäßigen die Gehälter und Löhne, verzichten auf neue Investitionen und sehen nur die eine Notwendigkeit: Sparen, Sparen, Sparen. Mit Verlaß: Die Tugend des Sparens ist drauf und dran zur verheerenden Untugend zu werden... Mit dem Sparen allein ist es eben nicht getan, sonst wird eines Tages die Kineausentung unserer Wirtschaft so stark sein, daß man sich zu Tode gepart und die Unternehmungen wirklich für den Liquidator reif gemacht hat.“

Darin sind zweifellos sehr gesunde Gedanken enthalten und wenn wir — „wir“ bedeutet hier die Gesamtheit der Geldbesitzer kleineren Formats — uns nicht selber nach und nach umbringen lassen wollen, dann ist es recht bald an der Zeit, den Hebel herumzuwerfen. Gebt nur der organisierten Arbeiterklasse die Macht, sie wird dann zeigen, wie regiert werden muß.

Die gegenwärtige Zeit artet beinahe aus zum Kampf aller gegen alle und bringt Auffassungen zu Tage, über die man einfach platt ist. Dafür nur ein Beispiel von vielen: In unserem größeren Nachbardorf, ein früher ausgesprochenes Steinklopfereist, hat sich durch die seit Jahren stillliegenden Betriebe, verbunden mit andauernder Arbeitslosigkeit, eine Wandlung in der Auffassung vollzogen, die einfach niederschmetternd wirkt. Früher sang man dort, mit besonderer Betonung der letzten Zeile, das bekannte Lied:

„Hebt unsere Fahnen in den Wind, sie fliegen hell wie Sonnenglut und künden, daß wir gläubig sind: Der Mensch ist gut!“ Dies Lied ist dort nunmehr fast verstummt durch die Notverhältnisse. Heute herrscht dort der Grundsatz vor, der kurz sagt: „Wenn es mir schlecht geht, muß es auch dem Nachbar mindestens ebenso gehen, am liebsten noch schlechter!“ Daß eine solche Auffassung alles über den Haufen wirft, was man früher erstrebt, erreicht und fundamantiert hat, ist die betäubende Tatsache dabei. Dafür eine ganz kurze Geschichte aus dem betreffenden Ort der Steinbrucharbeiter:

In der Gemeinde hatten sie früher so gut wie nichts zu sagen, nur still ihre Steuern zu bezahlen und dann war es gleich alle. Dies wurde dann mittlerweile doch anders. Die Sprecher oder Vertreter der Steinklopferei bekamen Einfluß in der Gemeinde und ihr dortiges, vorbildliches Wirken übertrug sich allgemein in eine ganz andere Werthschätzung des Wissens, Könnens und — Ansehens der Steinbrucharbeiter. Das war eine Entwicklung, auf die sie selbst als Gesamtmit mit Genuß zurückblickten. Der rühmlichste von ihnen — der Name tut hier nichts zur Sache — rückte schließlich

zum Dorfschulzen oder wie man anderorts sagt, zum Bürgermeister auf. Es bedurfte damals sogar noch einer großen Ueberzeugungstun auf diesen Einzelnen, daß er nunmehr die Hantierung mit Brecheisen, Hammer und Steinbroden aufgab und sich ganz der Gemeindeverwaltung widmete; weniger deshalb, weil das in jenen Jahren mit einer ziemlichen Verminderung seiner Einnahme verbunden war. Denn Arbeitslosigkeit war damals in der Gemeinde unbekannt und die Facharbeiter unter den Steinbrucharbeitern konnten alle gut hinhalten, sie erzielten dank ihrer jähren Geschlossenheit im Verbands einen annehmbaren Akfordverdienst. Das Straußen gegen die Uebernahme des Amtes entsprang vielmehr der bekannten Bescheidenheit derer, die wirklich etwas verstehen und können. Nun aber ist alles in 3 Jahren anders geworden; soweit die Betriebe nicht ganz ruhen, sind sie entpöfirt. Die Geschlossenheit der Steinklopferei hat sich gelodert! Ihr Verdienst bedeutend verringert! Der größte Teil geht stempeln oder ist Wohlfahrtsempfänger der schwer belasteten Gemeinde geworden! Die Not ist natürlich sehr groß, die Mißgunst ebenso. Früher, wenn der Schulze durch die Straßen ging, waren die Steinklopferei stolz, denn es war ja einer der ihrigen, der dem undankbaren Amt mit oerantantem Verstand und Geschick vorstand. Wenn aber jetzt der Dorfschulze durch die Straßen kommt, wird er von vielen Steinklopfern schiel angesehen, weil er noch — Einkommen hat und auch wochentags einen weißen Kragen trägt. Letztlich meinte der Scheelen einer sogar in bezug auf den Dorfschulzen: „Das war doch auch nur ein Arbeiter und warum soll es dem besser gehen als uns?“ Alles, was vordem war, scheint mit der allgemeinen Not ausgelöscht zu werden; ein Vorgang, der gewiß mehr wie betrüblich ist und zermürbender Wirkung erzeugt wie offener Kampf um die Lebensrechte. Das erbärmlichste bei dieser Haltung gegenüber dem Dorfschulzen ist, daß ihm ein großer Teil seiner früheren Arbeitskollegen seine jetzige Amtstellung — mißgönnt, weil er dafür bezahlt wird, weil er auch etwas vorstellt. Wäre aus den Reihen der Bürgerlichen oder der Bauern ein anderer in das Amt hineingewählt worden, kein einziger der nunmehr schiel Sehenden würde jetzt daran etwas auszusetzen haben, sie würden es sogar für selbstverständlich halten, das der Dorfschulze als solcher ein Einkommen bezieht und auch wochentags mit einem weißen Kragen geht.

Als in der Vorkriegszeit ein Bischof in Süddeutschland im Hinblick auf die vor- und aufwärtsstrebende Arbeiterklasse einmal sagte: „Wer Recht ist, soll Recht bleiben!“, da hat man sich auch im betreffenden Nachbardorf darüber sehr entriükt; natürlich waren es besonders die Steinbrucharbeiter, die ausnahmslos damals und mit Recht darüber empört waren. Und heute? — Wie sich doch die Zeiten ändern. — Wenn auch nicht alle Arbeiter so geworden sind, bleibt es dennoch beschämend, daß überhaupt ein Teil so werden konnte. — Diese kleine wahre Geschichte läuft parallel mit dem wirklich dummen Geschwätz über die Gehälter der sogenannten Bonzen, die ihre Bezahlung doch auch nur für ihre Arbeitsleistung bekommen. Leider erfährt diese Arbeitsleistung heute nicht mehr die Werthschätzung, die sie verdient. Deshalb hört man jetzt oft die wirklich dumme Frage: „weil sie auch

Was irgend gefien will und waffen.
Muß in der Welt zusammenhalten

Aus dem Verband für den Verband

Willst du dich am Ganzen erquickten / So
mußt du das Ganze im Kleinsten erblicken

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Duzend Programme • Karl Marx

Der Reichsarbeitsvertrag für die Grabmal- und Marmorindustrie wurde vom Arbeitgeberverband zum 31. Dezember 1931 gekündigt.

Merkwürdiges Verhalten einer staatlichen Baubehörde

Eine am 26. 9. 1931 stattgefundene Mitgliederversammlung in Erfurt, der Sektion Straßenbau, beschäftigte sich unter anderem mit einem Auftrag der Reichseisenbahn, Verwaltungsstelle Erfurt, Pflasterarbeiten am Güterbahnhof Erfurt betreffend. Stark kritisiert wurde, daß diese Pflasterarbeit an eine Straßenbaufirma Saal aus Grünningen, die noch nie einen Tarifvertrag anerkannt bzw. befolgt hat, vergeben worden ist. Die örtliche Filiale unseres Verbandes hatte sich vor Beginn dieser Arbeit mit dem zuständigen Baudezernenten, dem Reichssozialrat Oberbaurat Pohlmann in Erfurt in Verbindung gesetzt und darum gebeten, dieser Firma aufzugeben, bei der Herstellung der fraglichen Arbeit auch Arbeitnehmer aus Erfurt mit einzustellen und im übrigen darauf zu dringen, daß die für den Straßenbauberuf bestehenden allgemeinverbindlich erklärten Reichsarbeitsverträge, wie auch den Lohnvertrag einzuhalten. Der vorstellig gewordenen Kommission wurde versprochen, daß der Firma Saal, Grünningen, im Sinne der vorgetragenen Bitte die nötigen Eröffnungen gemacht werden sollten. Soweit bekannt, liegen aber auch Verfügungen des Landesarbeitsamts Mitteldeutschlands vor, daß bei Ausführung solcher fiskalischen Arbeiten am Arbeitsort ansässige Arbeitnehmer mit eingestellt werden sollen. Und das Ergebnis der Bemühungen des Steinmetzverbandes? Die Firma Saal hat ausschließlich ihre ganze Verwandtschaft zur Arbeit in Erfurt, die natürlich gleich wie Saal selbst in Grünningen und Umgebung ansässig sind, herangezogen, ohne sich sonst irgendwo um die herausgegebenen Verfügungen zu richten. Tarifvertrag gibt es natürlich bei Saal nicht. Ob die recht jungen Arbeitsburden, die Saal zur Herstellung der Pflasterarbeiten mit benutzte, Facharbeiter sind, wird bezweifelt. Natürlich müssen diese jungen Leute zu Lohnsätzen arbeiten, wofür ein Erfurter Familienvater nicht arbeiten kann. So wie die Entlohnung minderwertig, ist auch die Arbeit ausgefallen. Es ist einfach eine Schande, daß eine fiskalische Bauverwaltung sich solches bieten läßt. Dem Herrn Oberbaurat Pohlmann wurde noch während der Arbeitsausführung Kenntnis von der minderwertigen Pflasterarbeiten gegeben, wiederum ohne irgendein Ergebnis. Wenn der Oberbaurat mit der Erklärung dient, daß er ja kein Fachmann sei und auf die fachmännische Herbeiführung dieser Arbeit kein besonderes Gewicht lege, so ist eine solche Erklärung eines Oberbaurates mehr als zu bedauern. — Wir fragen nunmehr öffentlich die Reichseisenbahndirektion Erfurt, ob sie mit der Vergabe und Ausführung dieser Arbeit einverstanden ist. Der Zentralverband der Steinmetze Deutschlands regt an, die durch die Firma Saal, Grünningen, ausgeführte und durch den Herrn Oberbaurat Pohlmann für gut befundene Pflasterarbeit durch Fachleute nachprüfen zu lassen. Im übrigen vertreten die Steinmetze und Berufsgenossen den Standpunkt, daß eine staatliche Bauverwaltung zu allererst verpflichtet sein müßte, von den bauausführenden Unternehmern die Einhaltung bestehender und einschlägiger Tarifverträge zu fordern und gleichfalls mit dazu beitragen, daß die schon lange Zeit ausgekehrten und dem Hunger preisgegebenen Arbeiter gleichfalls mit beschäftigt werden müssen. Schließlich können doch öffentliche Arbeiten nicht nur durch die Unternehmer mit ihrer ganzen budligen Verwandtschaft ausgeführt werden. Die Reichseisenbahnen achtet gewiß darauf, daß ihre herausgegebenen Tarife für Jahrgäste, für den Güterverkehr usw. genau beachtet und eingehalten werden. Warum geschieht das nicht auch bei Arbeiten, die die Reichseisenbahn an Unternehmer vergibt? Um Antwort wird gebeten!

Aus Berlin

Der Artikel „Vertrauen zur Organisation“ in Nr. 39 des „Steinarbeiter“ zeigt treffend, wo die Feinde der freien Gewerkschaften stehen, ebenso treffend weist aber auch der Kollege H. Shz. in dem

nur Arbeiter sind, warum soll es denen besser gehen wie uns Arbeitslosen? Es erübrigt sich, mehr zu dem Geschilderten zu sagen. Vielleicht regt es zum Nachdenken an.

*

In meinen jungen Jahren war es vor allem der Vortrag eines älteren Arbeiters, der mich begeistert in die Arbeiterbewegung hineinzog. Der Vortragende zeigte an Beispielen aus dem Leben und aus der noch heute bestehenden kapitalistischen Wirtschaft, wie es dem einzelnen Arbeiter und vielen erging. Wohl waren das alles Hinweise, die man selbst beobachten konnte, doch ungewollt gleichgültig darüber hinweg sah; denn es war ja immer so gewesen und von der Schule her wußte man: „Arme und Reiche hat es immer gegeben, müße es überhaupt geben; das werde auch stets so bleiben.“ Aber ich war von den Beispielen in dem Vortrag ganz erschüttert und aufgewühlt, obwohl sie zum Teil eigenes Erlebnis waren, das man aber dritten gegenüber aus falsch angebrachter Schamhaftigkeit verschwie. So zum Beispiel, wenn zu Hause der bekannte Schmalhans Küchenmeister war: zur Schule gehen mit hungrigem Magen oder im gleichen Zustand abends in die Klofstube kriechen und anderes mehr. Der Vortragende führte da unter anderem an, wie zwei Familien Wand an Wand wohnen. Die eine Familie konnte wegen Arbeitslosigkeit des Ernährers vor Hunger nicht schlafen, denn Unterstützung gab es damals ja nicht, höchstens vom Armenpfleger ein paar Groschen. Die andere Familie kam durch zwielf Arbeit nicht zur Ruhe, wegen 14tündiger Arbeitszeit des Ernährers; dazu kamen noch Überstunden. Hieraus wurde die Lehre gezogen, wie es sein könnte und wie es unbedingt werden müße und die Folge für Versammlungsteilnehmer war: Begeistertes Mitglied in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung! Dieses Beispiel von den Wand an Wand wohnenden Familien kann sogar heute noch, nach zirka 40 Jahren immer wieder angewendet werden, um zu zeigen, wie unzulänglich und unsicher noch immer die ständige Veraninerung der einzelnen durch Arbeit in der kapitalistischen Wirtschaft ist. Auch heute noch wohnen Familien nebeneinander, wo in der einen alles zur Stempelarmee gehört und hungert, während in der anderen noch jeder seinen Erwerb hat und Hunger infolge Arbeitslosigkeit noch nicht kennen gelernt hat. Es stimmt wohl, daß die Armenunterstützung, dieses erbärmliche Pfennig-Mitleid, außer Kurs gesetzt und dafür anspruchsberechtigte Unterstützung gekommen ist. Doch die große leibliche wie seelische Not ist infolge Arbeitslosigkeit hinter der einen Wand noch nicht verschwunden und hinter der anderen ist die Arbeitsüberlastung, obgleich es keine 14tündige Arbeitszeit mehr gibt, geblieben; ja, wirklich geblieben. Diese Zustände sind allerdings nicht mehr so flobig grob wie früher, denn alles ist ein bißel glatter geworden, doch der Kern ist noch derselbe wie vor 40 Jahren. Diesen Kern gibt es unzumodern! Wenn das nur erst jeder Steinklopfer einsehen und die Schlußfolgerungen daraus ziehen würde, wäre für alle, alle Arbeitsmänner sehr viel erreicht und nicht nur für den einzelnen, wie z. B. dem Steinklopfer-Jannes.

Artikel „Warum?“ in Nr. 38 auf die Ursache hin, warum die Feinde der Gewerkschaften immer wieder eine Reihe Erfolge erzielen können. Es trifft leider zu, daß die große Masse der Arbeitererschaft und auch ein großer Teil unserer Kollegen nicht nachdenkt und sich immer wieder von unsinnigen Parolen und schönklingenden Schlagwörtern einfangen läßt. Dazu kommt, daß die Gegner der freien Gewerkschaften mit den gemeinsten Mitteln gegen uns arbeiten, während von uns der Abwehrkampf immer auf der Grundlage des Anstandes und der Wahrheit durchgeführt wird, wodurch wir der denktrügen Masse gegenüber einen schweren Stand haben. Lügen, Verleumdungen und unwahre Behauptungen fanden und finden heute mehr denn je immer ein offenes Ohr, während die Wahrheit nicht gern gehört wird, da durch sie viele schöne Illusionen zerstört werden.

Fast jeder Funktionär hat darin schon die bittersten Erfahrungen machen müssen. Im Abgesehen vergifteter Pfeile aus dem Hinterhalt haben sich unsere Gegner zu unübertrefflichen Meistern ausgebildet. Zieht man einzelne dieser Herren an das Licht der Öffentlichkeit, dann zeigt sich schnell, was für Jammerlappen das sind. Trotzdem versuchen sie immer wieder, sich das Mäntelchen des Biedermannes umzuhängen, und finden auch immer wieder einige Dumme, die auf ihren Sirenenangst reinfallen. Ein kleines Beispiel aus letzter Zeit soll den Kollegen wieder einmal den „Mut“ solcher Schädlinge aufzeigen:

Vor einiger Zeit hatte ich die Absicht, mit den Steinmetzen einer Firma Rücksprache zu nehmen. Einer der dort Beschäftigten, ein gewisser Ohlig, Anhänger der KGD, hatte davon Wind bekommen und alle Hebel in Bewegung gesetzt, schnell einen Referenten der KGD aufzutreiben. Es gelang ihm auch, einen gewissen K. Schulz, Kammer von Beruf, heranzuholen. Diese Leuchte der KGD arrangierte mit dem Koll. Ohlig eine Betriebsversammlung, auf die Tagesordnung wurde: „Besprechung des Statutes des Einheitsverbandes für das Baugewerbe“ gesetzt und dann gefordert, ich, als Vertreter des Zentralverbandes, dürfe an der Aussprache nicht teilnehmen und müße den Raum verlassen. Ich brandmarkte diese Feigheit und verlangte Abstimmung. Die Kollegen entschieden mit 12 gegen 3 Stimmen, daß ich an der Aussprache teilnehmen sollte, und so hatte ich Gelegenheit, mit diesem „mutigen“ Revolutionär einige Worte deutsch zu reden. Nach den Erläuterungen des Referenten zum Statut will der Einheitsverband für das Baugewerbe in Zukunft auch Tarife abschließen. Meine Frage, wo denn die KGD schon einen einzigen Pfennig mehr Lohn herausgeholt habe, als die Tarife der freien Gewerkschaften besagen, und warum sich denn die Mitglieder des Einheitsverbandes bei ihren Klagen vor dem Arbeitsgericht immer auf die Tarife berufen, die von den freien Gewerkschaften abgeschlossen sind, blieb natürlich unbeantwortet. Auf die Zwischenfrage eines Kollegen, wie der Einheitsverband für das Baugewerbe die Lohnstaffelung vornehmen wolle, erklärte dieser Strategie, daß man die Unterschiede zwischen den Löhnen der ungelerten und gelernten Arbeiter verringern wolle. Ich wies darauf hin, daß dies von uns als Gewerkschaften schon lange erstrebt werde und unsere gelernten Kollegen schon manches Opfer zugunsten der ungelerten Kollegen gebracht hätten; wunderte mich aber, daß gerade in Rußland, dem Lande, wo doch die Väter der KGD die Macht haben, die Unterschiede zwischen den Löhnen der gelernten und ungelerten Arbeiter so groß seien wie in keinem anderen Lande.

Nach den Satzungen des Einheitsverbandes sollen alle Arbeiter und Arbeiterinnen des Bauberufes zusammengefaßt werden. Die Unterteilung erfolgt nach Berufen in Sektionen. Alle Lohnbewegungen werden aber gemeinsam geführt. Treten also beispielsweise die bei den Malern auf den Bauten beschäftigten Keimnachenfrauen in eine Lohnbewegung, dann haben sich alle Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Rohrleger, Maler, Dachdecker, Steinmetzen, Steinsetzer, Rammer und was sonst noch alles im Einheitsverbande zusammengefaßt ist, der Bewegung anzuschließen. So geht es bei jeder Gruppe, also jedesmal bei einer anderen Gruppe eine Art Generalstreik im Baueinschließlich Straßenbaugewerbe.

Streikunterstützung wird nach den vorhandenen Mitteln gezahlt! Wenn keine Mittel da sind, wird man wieder, wie in Henningsdorf, vom Schlichtermeister Wurstuppe erbetteln und zur Verfügung stellen. Mit solchen Kämpfen und Kämpfern wird die deutsche Arbeiterschaft dann bald auf dem Lebensstandard eines chinesischen Kulis angelangt sein. Dies ist auch, wie der Referent unbewußt offenerzig auf einen Zwischenruf hin aussprach, das Ziel der KGD-Drahtzieher, denn er sagte wörtlich: „Erst wollen wir alles zu Boden haben und dann werden wir aufbauen.“ Also, deutscher Arbeiter: wenn du noch ganzes Geschirz im Rücken spind hast, dann zertrümmere es. Wenn es zertrümmert ist, holst du den Leimtopf aus Moskau und kittest alles schön zusammen, dann erit wirst du wirklich etwas Gutes besitzen. Hilfsloses Gestammel ist es, was diese Heilsapostel predigen können, man weiß dabei nur nicht, wer einem mehr leid tun soll, jene, die in ihrer fanatischen Dummheit diese Weisheiten verzapsen, oder jene, die gutgläubig diese Heilslehren entgegennehmen.

Als die KGD-Helben sahen, daß sie bei der Mehrzahl der Kollegen keinen Anklang fanden, forderte Ohlig die mit der KGD Sympathisierenden auf, mit ihm den Raum zu verlassen. Dieser Aufforderung folgten ein Unorganisierter und zwei Kollegen, die seit langer Zeit vergessen hatten, ihre Beiträge zu zahlen. In der nächsten Nummer des „Pionier“ (Berliner Blatt der KGD) wird aller Voraussicht nach ein großer Sieg darüber verkündet und wie immer die Tatsachen ins Gegenteil verdreht werden.

*

Als Folge dieses Vorganges erhielten wir am 28. September 1931 einen Einschreibebrief folgenden Wortlautes:

Berlin, den 26. Oktober 1931.
Zentralverband der Steinmetze, Fachstelle Berlin
zu Händen des Vorsitzenden Gustav Nitsche, Berlin
Einschreiben.
Am Dienstag, dem 29. Oktober 1931, findet in den Brunnenhöfen, Brunnenstraße 15, abends 7 Uhr, eine öffentliche Steinmetz-Versammlung statt, und



Kollegen! Lest eure Verbandszeitung

und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinmetze, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter.

Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

fordern den Zentralverband auf Ihren Vorstehenden Ritsche zu entsenden. Wir sichern Herrn Ritsche freie Redezeit zu.

Einheitsverband für das Baugewerbe, Sitz Berlin.
Büro: Berlin E. 25, Müngstraße 24. i. A. Fritz Leuschke.

Wir haben darauf Nachstehendes geantwortet:

An den Einheitsverband für das Baugewerbe
zu Händen des Herrn Fritz Leuschke
Berlin E. 25
Müngstraße 24.

Hierdurch bestätigen wir den Empfang Ihres Schreibens vom 26. Oktober 1931. Wir wundern uns, daß Sie uns bereits jetzt schon eine Einladung zum 29. Oktober senden, machen aber darauf aufmerksam, daß der 29. Oktober 1931 auf einen Donnerstag und nicht auf einen Dienstag fällt. Andererseits vermissen wir in Ihrem Schreiben die Angabe einer Tagesordnung. Wenn Sie schon so liebenswürdig sind, uns so rechtzeitig von einer Verammlung Kenntnis zu geben, damit wir uns auf eine Diszussion vorbereiten können, dann wäre es aber auch notwendig, uns das Thema, über welches eine Aussprache stattfinden soll, zu übermitteln.

Um Ihnen aber unnötige Ausgaben und Bemühungen zu ersparen, die Sie sicher im Interesse Ihrer Mitglieder besser verwenden können, teile ich Ihnen heute schon mit, daß ich als Vertreter des Zentralverbandes der Steinmetze Deutschlands, Fachstelle Berlin, es ablehne, für Ihre Verammlung als Zugartitel mitzuwirken. Nach den Erfahrungen, welche mir in der Verammlung in Hannoverlasten Festhalten, wo auch freie Aussprache zugelassen war und wo, nachdem ein halbes Duzend Red- und Weisenreder volle 2 1/2 Stunden ganze Räbel von Schmutz, Beschimpfungen und Verleumdungen über meine Person ausgegossen hatten, die Verammlungsleitung zu feige war, mir das Wort zu erteilen, habe weber ich noch ein anderer Funktionär unseres Verbandes eine Verammlung, uns Leuten, die von gewerkschaftlichen Zielen keine Ahnung haben und sich tagtäglich immer mehr als Schädlinge der Arbeiterschaft entpuppen, als freiwillige Objekte für ihre Rebeübungen zur Verfügung zu stellen. Eine Beförderung der bestehenden, elenden Wirtschaftsverhältnisse der Arbeiterschaft und unserer Berufs-kollegen im Besonderen kann unerwartet nach nur erreicht werden, wenn alle Kräfte innerhalb der Arbeiterschaft zur Bekämpfung des Unternehmertums zusammengefaßt und nicht zerplittert werden. Da Ihre Bestrebungen aber auf eine Erschlagung der freien Gewerkschaften gerichtet sind, wird eine sachliche Diszussion mit Ihren Vertretern nie zu erreichen sein. Den Beweis dafür haben wir erst am Freitag, dem 25. September 1931, gelegentlich einer kleineren Verammlung von Steinmetzern erhalten. Ihr Agitator, der Kammer K. Schulz, wollte auch dort einen Beschluß herbeiführen, daß ich zu der Verammlung nicht zugelassen würde. Die Kollegen entschieden aber anders und er mußte sich gefallen lassen, daß ich teilnahm. Wir können ein solches Verhalten nur als Feigheit bezeichnen, ziehen aber zugleich die Folgerung, wie sich Ihre Agitatoren in einer öffentlichen Verammlung verhalten werden.

Wenn Sie die ehrliche Absicht hätten, mit uns gemeinsam an einer Verbesserung der Lebenslage unserer Berufs-kollegen zu arbeiten, würden wir jederzeit bereit sein.

Zum Schluß möchten wir Ihrem Herrn Leuschke raten, noch einige Zeit Schulunterricht zu nehmen, um wenigstens soviel zu lernen, eine Einladung richtig Deutsch zu schreiben.

Diese fast alltäglichen Vorkommnisse beweisen treffend erstens die systematische Zerstörungsarbeit, die von unseren Gegnern geleistet wird mit dem Ziel, das feste Bollwerk der Arbeiterschaft zu zertrümmern, wobei es ganz gleichgültig ist, welche Auswirkungen sich die verschiefensten Bohrwürmer, wie Nazis, KGD, Unternehmer und Reaktionäre davon versprechen, sie beweisen auch drastisch die Denkräfigkeit (wenn man schärfere Ausdrücke nicht gebrauchen will), der sich breite Massen der Arbeiterschaft hingeben. Manah einer dieser Denkrägen lächelt mitleidig darüber, wenn er liest, daß die Anhänger der Weisenberg-Sette alle Krankheiten des Körpers mit weißem Käse kurieren wollen, daß er aber in gewissen Beziehungen den Weisenberg-Jüngern nichts voraus hat, wird ihm in seiner Gedankenlosigkeit und Denkschwäche nicht bewußt. Andere wieder sehen wohl das Uebel, sind aber zu bequem und gleichgültig, an der Bekämpfung und Beseitigung mitzuhelfen. Es ist ja auch viel bequemer, den ehrenamtlichen und angestellten Funktionären die Arbeit der Abwehr zu überlassen, statt gegen die Verleumdungen der Gewerkschaften Stellung zu nehmen, diese stillschweigend anzuhören oder gar noch, wenn kein anderer, organisierter Kollege in der Nähe ist, als richtig anzuerkennen, als selbst energisch jedem offenen oder versteckten Feinde der Organisation mannhafte entgegenzutreten. Hier hilft nur eines: Aufklärungsarbeit und immer wieder Aufklärungsarbeit. Haben wir erst erreicht, daß jeder anfängt nachzudenken, dann sind wir auf dem Wege unseres Zieles: der Befreiung der Arbeiterklasse, ziemlich vorangekommen.

Duisburg. Monatsversammlung am 22. August 1931. Tagesordnung: Wahl eines ersten Vorsitzenden. Verschiedenes. Der Gauleiter, Kollege Braun, kritisiert scharf den Widerwillen, den viele Kollegen gegen die Annahme irgendeiner Funktion befinden. Das zeugt von mangelhaftem gewerkschaftlichem Geist. Es ist ja zu verstehen, daß unter den heutigen Verhältnissen von irgendwelcher Begeisterung auch in Verbandsfragen keine große Rede sein kann, aber für die Besetzung der wichtigsten Funktionen müßten sich doch Kollegen bereitfinden. Darauf wird der bisherige Schriftführer, Kollege Fiedler, gewählt, worauf der Gauleiter um tatkräftige Unterstützung des Gewählten erucht. Erst wenn wieder hellere wirtschaftliche Verhältnisse eintreten, dann wird auch unsere Lage eine bessere. Geist und Haltung der Kollegen wird wieder straff und elastisch werden. Der Kampf- und Arbeitswille wird eine neue Belebung erfahren und alles geht wieder leichter. Damit wir diese Zeit in Einigkeit und Geschlossenheit erwarten können, ist es notwendig, diese Zeit mit Treue zur Gewerkschaft den kommenden Dingen kühl ins Auge zu sehen. Braun gedenkt noch einmal in ehrenden Worten des früheren Vorsitzenden Kollegen Wandsers. Der sei allen Kollegen als nachahmenswertes Beispiel vor Augen gestellt. Weiter teilt Braun mit, daß der Marmorarbeiter-tarif von den Arbeitgebern zu Ende September gekündigt worden sei. Es ist daher notwendig, vorher eine Konferenz der beteiligten Fachstellen in Düsseldorf abzuhalten. Dazu ist notwendig, auch von Duisburg einen Delegierten zu wählen. Einige Kollegen sind der Ansicht, die Wahl bis zur nächsten Verammlung, in Erwartung eines besseren Besuchs, zurückzustellen. Das wird jedoch abgelehnt und der neue Vorsitzende delegiert. Wegen einiger Wünsche soll an den Zentralverband herangetreten werden. Nachdem die Kollegen noch längere Zeit über die Schwierigkeiten, die sich in letzter Zeit in den Arbeitsgrenzen der Marmorarbeiter und Fliesenleger geltend machen, debattiert hatten, wird beschlossen, durch Kollegen Braun die Angelegenheit regeln zu lassen.

Dresden II. Verammlung am 3. Oktober 1931. Venor in die Tagesordnung eingetreteten wird, ehrt der Vorsitzende, Koll. Kirchof, den verstorbenen Koll. Otto Lange r in einem Nachruf. Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen. Der Vorsitzende gibt ein Schreiben des Zentralverbandes bekannt, wonach den Angestellten des Verbandes die Gehälter abgebaut werden. Das wird allgemein begrüßt. Weiter gibt der Vorsitzende bekannt, daß der Tarif von den Arbeitgebern gekündigt sei, die es in der Hauptfrage auf die Wohlfahrtseinrichtung abgesehen hätten. Die Gauzeitung hat eine Konferenz einberufen, um die Ansicht der Kollegen betreffs der Wohlfahrtseinrichtung zu hören. Als Delegierte werden die Kollegen Voigt und Kirchof gewählt. Die Wohlfahrtseinrichtung muß mit allen Mitteln verteidigt und gehalten werden. Weiter werden von einigen Kollegen die hohen Strafgelder bei einem Wiedereintritt kritisiert. Bei der heutigen wirtschaftlichen Lage ist es nicht mehr angebracht, derartige Beträge zu fordern, da wir dann die Betreffenden nicht an die Organisation binden können. Der Beitrag soll auch herabgesetzt werden. Der Bericht des Koll. Kirchof, daß von der 39. Woche Krisenunterstützung beitragsfrei sind, wird begrüßt. Koll. Kirchof verliest ein Schreiben über die neuen Richtlinien betreffs der Lehrlinge, die der Koll. Link mit den Unternehmern aufgestellt hat. Diese Richtlinien erwecken starke Bedenken, weil wir durch derartige Richtlinien die Lehrlinge nicht an uns heranziehen können. Eine lebhaftige Aussprache fand darüber statt. Gewünscht wird, daß Koll. Kirchof als Jugendleiter sich auch einmal in den Verammlungen sehen läßt. Der Besuch der Verammlungen läßt in letzter Zeit überhaupt recht nach, obwohl alle Kollegen Verammlung hätten, sich mehr an der Gewerkschaftsarbeit zu beteiligen.

Rundschau

Notverordnung vom 6. Oktober. Wie bereits die Deffentlichkeit unterrichtet, ergreift die neue, also die dritte Notverordnung vom 6. Oktober 1931, auch wiederum die Arbeitslosenversicherung. Ausnahmsweise sieht diesmal die Notverordnung keine Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung vor, sondern enthält eine Abänderung der Härten, die die Notverordnung vom 5. Juni 1931 gebracht hat. Die Verbesserungen gehen auf die langwierigen Verhandlungen zurück, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit der Regierung brüning hatte. Die Abänderungen traten bereits am 12. Okt. 1931 in Kraft. Sie ergreifen auch die laufenden Unterföhrungsfälle. Soweit sich in solchen Fällen auf Grund der genannten Vorschriften andere Unterföhrungen als bisher ergeben, dürfen die bisherigen Unterföhrungsfälle noch bis zum 7. November 1931 weitergezahlt werden. Wir kommen im nächsten „Steinarbeiter“ auf die Abänderungen noch zurück.

Eine gute Nachricht! In der gegenwärtigen Zeit, in der die meisten Institutionen der deutschen Arbeiterschaft um ihre Erhaltung ringen, in der besonders die kulturellen Einrichtungen ernstlich gefährdet sind, mußten die auf dem letzten Vertretertag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker erfolgten Mitteilungen über den Stand der von dieser Organisation gegründeten Büchergilde Gutenberg einiges Aufsehen erregen. Die Büchergilde Gutenberg, die vor sieben Jahren ins Leben gerufen und in diesen sieben Jahren ihres Bestehens vor immer neue wirtschaftliche Schwierigkeiten gestellt wurde, konnte in den letzten drei Jahren ihren Mitgliederstand nahezu verdoppeln. Die Krise war nicht imstande, das organisatorische Gefüge der Büchergilde Gutenberg ernstlich zu erschüttern. Bei einem Mitgliederstand von 75 000 will es wenig besagen, wenn zirka 2000 Mitglieder infolge Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit abspringen. Diese gute Nachricht ist der beste Beweis für die solide Arbeit, die von der Büchergilde Gutenberg in der vergangenen Zeit getan wurde. Was die Büchergilde in bezug auf die Erweiterung ihres literarischen Programms und auf die vorbildliche Ausstattung ihrer Bücher trotz der niedrigsten Preisgestaltung geleistet hat, das sind die besten Garantien für die Erhaltung und den Ausbau der Büchergilde in Gegenwart und Zukunft.

Die Büchergilde hat von Anfang an auf einen engen und herzlichen Kontakt mit den deutschen Gewerkschaften geachtet. Nicht nur, daß sie Autoren, die in enger Föhrung mit der deutschen Arbeiterschaft und besonders mit den freien Gewerkschaften stehen, einen bevorzugten Platz in ihrer Produktion gewährt hat, die Büchergilde hat auch in den Mitgliederkreisen der deutschen Gewerkschaften einen guten Resonanzboden bekommen. Diese enge Verbindung von Gewerkschaften und Büchergilde dürfte dazu beitragen, das Betätigungsfeld der Büchergilde trotz aller schweren Zeiten beträchtlich zu erweitern. Die Büchergilde Gutenberg hat in den vergangenen Monaten ihre Feuerprobe bestanden, sie hat als ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen der Arbeiterschaft den Beweis dafür angetreten, daß die Gemeinwirtschaft in jeder Beziehung den privatwirtschaftlichen Unternehmungen überlegen ist.

Wer zu den Mitgliedern der Büchergilde Gutenberg zählt, wird nach kurzer Zeit zu einem eifrigen Werber für diese Gemeinschaft wertvoller Bücher. Bei jeder Gelegenheit, sei es bei Zusammenkünften und literarischen Abenden oder im brieflichen Verkehr zwischen Mitglied und Leitung, kommt die begeisterte Zustimmung zur buchföhrerischen und zur literarischen Leitung der Gild zum Ausdruck. 130 Bände sind es jetzt, die den Mitgliedern der Büchergilde Gutenberg zur freien Buchwahl offenstehen. Und diese 130 Bände, zu denen in jedem Vierteljahr neue Bücher kommen, umfassen bereits ein Programm von internationaler Basis. Neben Autoren, wie Upton Sinclair, Jack London, B. Traven, Ibanes, stehen die besten Namen der proletarischen Dichtung, wie Martin Andersen Nexö, Ernst Preczang, Max Barthel, die Vertreter der jüngsten russischen Literatur und Skandinavien. Neben unterhaltenden und erzählenden Büchern findet man Reise- und Abenteuerbücher und Werke naturwissenschaftlichen und historischen Inhalts. Auch der Humor kommt zu seinem Recht, und oft wird Rücksicht genommen auf die besonderen Wünsche der Frauen. Viele Bücher sind illustriert, und alle Bücher sind geschmackvoll und solide in Leinen gebunden.

Jedes Mitglied, das ein Eintrittsgeld von 75 Pfennig und einen Monatsbeitrag von 1 Mark entrichtet, hat pro Quartal die freie Auswahl unter den jeweiligen Neuererscheinungen oder unter den bisher erschienenen Büchern. Außerdem erhalten die Mitglieder gratis eine reich illustrierte Monatszeitschrift. Den Leistungen der Mitglieder stehen die Leistungen der Büchergilde gegenüber, und diese haben sich die ungeschmälerte Anerkennung aller Bücherfreunde erworben. Die Büchergilde Gutenberg hat es sich zur Aufgabe gemacht, für möglichst billiges Geld hochwertige Bücher zu schaffen; hochwertig nicht nur in Druck, Ausstattung und Einband, sondern auch Bücher, wie sie der aufstrebende Arbeiter braucht. Längst hat es die deutsche Arbeiterschaft begriffen, daß

sie mit den Fäusten allein nicht Weltgeschichte machen kann. Werke, wie sie die Büchergilde Gutenberg schafft, tragen dazu bei, den Arbeitern ihre Aufgaben zu zeigen und ihnen die Kraft zu geben, diese Aufgaben zu erfüllen.

Vertrauensleute der Büchergilde Gutenberg, die gern weitere Auskunft erteilen und Anmeldungen entgegennehmen, sind in allen Orten vorhanden. Nähere Auskunft erteilen auch die Zentrale der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibrüderstraße 5, und die Abteilung Büchergilde bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6a.

Straßendecken aus geschmolzenen Steinen. Der ungarische Chemiker D. Komlos hat nach 18 Jahre langer Arbeit einen Ofen zum Schmelzen von Steinen, Schotter und Sand erfunden. Die Feuerung ist flach, tellerartig und fahrbar. Sie wird über eine roh aufgeschüttete Straße gefahren und in Betrieb gesetzt, durch die Weißgluthitze verschmilzt die Straßendecke zu einer festen lavaartigen Kruste. Die intensive Hitze wird durch besondere Desbrenner erzeugt, die Erwärmung ist nur auf den Platz unmittelbar unter der Feuerung beschränkt. Jede Schmelzung dauert 6 Stunden, die geschmolzene und warm geförmte Straßendecke soll unverwundlich sein. Für die weitere Entwicklung der Erfindung wurde ein Syndikat gegründet. — Diese Mitteilung haben wir der Zeitschrift „Wissen und Fortschritt“ entnommen. Das betref-

Wenn Unorganisierte am Arbeitsgericht klagen

Wenn Unorganisierte am Arbeitsgericht klagen, fehlt es ihnen natürlich an einem arbeitsrechtlich erfahrenen Interessenvertreter. Unorganisierte verlieren darum meist jeden Rechtsstreit. Aber gleichzeitig offenbaren sie bei dieser Gelegenheit eine seltene Arbeitsgegnung, die allem menschlichen Empfinden hohen spricht.

Klagte da kürzlich am Arbeitsgericht Köln ein unorganisierter Nachtwächter gegen eine große Kaufirma. Er bewachte auf der Merheimer Heide bei Köln Kippwagen, Lokomotiven und Bauanlagen. Trotz der ringsum herrschenden gewaltigen Arbeitslosigkeit betrug die wöchentliche Arbeitszeit 140 Stunden, in Worten einhundertvierzig! Dafür erhielt er einen Bruttolohn von 45 RM. pro Woche, was einem Stundenlohn von 32 Pfennig entspricht. Zur Vernehmung weiterer Zeugen wurde der Prozeß vertagt.

In Brühl bei Köln übernahm eine Kaufirma den Abruch einer 24 m hohen Halle. Die eingestellten Arbeiter erhielten für besonders schwierige Arbeiten, zum Beispiel über 20 m Höhe 1 RM. Stundenlohn. Sonst zahlte man aber nur 0,80 RM. Stundenlohn. Der klagende Unorganisierte berief sich nun auf einen vor Jahren bestandenen Hochbauvertrag, laut dem für Hochbauarbeiten 0,99 RM. pro Stunde gezahlt werden mußten. Er als Unorganisierter und Beitragsrücker wollte nun die Früchte der zahlenden Gewerkschafter ernten. Da aber dieser Schmarotzer und noch andere seiner Art inzwischen selbst den Aft abgelegt hatten, auf dem sie saßen, war ein tarifloser Zustand eingetreten. Vergeblich suchte ihm das der Arbeitsrichter klar zu machen. Zu weiterer Zeugenvernehmung wurde auch dies vertagt.

Dieser feine Kollege hatte aber noch eine weitere Klage auf Zahlung von 150 RM. Entschädigung wegen ungerechtfertigter Entlassung eingereicht. Die Beweisaufnahme ergab, daß ihm wegen Arbeitsmangels gekündigt worden war. Schnell holte er sich aber einen Krankenschein, fehlte einen Tag unentschuldig und ging erst am zweiten Tag zum Baubüro zwecks Entschädigung. Ab diesem Tage war er auch arbeitsunfähig geschrieben. Auf dem Baubüro wollte er aber von Kündigung nichts hören und ließ die Entlassungspapiere liegen. Vor Gericht bestritt er letzteres. Aber alles Zeugnis half nichts. Wegen unentschuldigtem Fehlen wurde die Klage abgewiesen. Durch Zeugen, hieß es im Urteil, seien richtige Kündigung und Entlassung eindeutig bewiesen.

Zwei andere Unorganisierte klagten gegen eine große Kaufirma auf Zahlung je eines Tages Arbeitslohn. Sie waren mit Erbsarbeiten beschäftigt gewesen und erhielten, nachdem sie ohne Entgelt über ihre Arbeitszeit hinaus schufterten, gerechten Lohn in Form der Entlassung. Dadurch, erklärten sie, waren sie wie vor den Kopf geschlagen, daß man ihnen trotz der Kriecherei so etwas antun konnte. Nach dem Tarif war die tägliche Kündigung zum Arbeitslohn zulässig. Schaden hatten sie nur dadurch gehabt, als sie einen Tag verpätet Entlassungspapiere und Erwerbslosenunterstützung erhielten. Durch Vergleich gelang es ihnen, noch je 4 RM. zu erhalten.

Am Zahlung von 41,65 RM. klagte ein unorganisierter Notstandsarbeiter. Er war verpflichtet, täglich dreizehn Wagen zu laden und zu tippen. Aus knechtischer Schmarotzergegnung leistete er aber täglich dreißig Wagen! Außerdem nahm man auf Pausen, genauen Arbeitslohn und andere allgemeine Arbeiterrechte keine Rücksicht. Dafür sollte er täglich eine Stunde, also 80 Pfennig mehr erhalten sowie für die Wagenmehrleistung wöchentlich 7,20 RM. Prämie. Diese wurde aber nur einmal gezahlt. Der Unternehmer sah dann, wen er vor sich hatte. Am Arbeitsgericht erklärte der Bauführer, die Prämie sei eine mehr private Abmachung unter den einzelnen Baukolonnen gewesen. Er habe nichts damit zu tun. Vereinbart seien 0,80 RM. Stundenlohn, die der Kläger auch gemäß den geleisteten Arbeitsstunden erhalten habe. Da aber durch diese heimliche Mehrschufterei einzelne Bauabteilungen pro Mann bis zu 25 RM. wöchentlich mehr verdient hatten, erklärte sich der Bauführer zur Zahlung eines kleinen Ausgleichs bereit. Weil der unorganisierte Kläger schon instinktiv die Ablehnung der Klage ahnte, schloß er schnell einen Vergleich auf Grund dessen er 7 RM. erhielt.

Jeder Organisierte muß sich mit Widerwillen und Ekel schauend von derartigen unorganisierten Schmarotzerfeldern abwenden. Mit ihrer Laieengegnung sind sie schärfste Feinde ihrer organisierten Arbeitsbrüder und verdienen Bekämpfung durch Arbeiterschaft.

Jende Schmelzverfahren zu einer „neuzeitigen Straßendecke“ reicht sich allen übrigen Wunderdingen auf diesem Gebiete würdig an. Beim Straßenbau können wir uns noch auf allerhand „Erfindungen“ gefaßt machen, denn auf den Straßenbau scheinen seit einigen Jahren alle Erfinder, Entdecker, Spintijierer und Projektentmacher losgelassen zu sein. Was uns zum Straßenbau fehlt, ist — Geld und nochmals Geld, denn unverwundliche Straßendecken können bekanntlich ohne das oben angepriesene Schmelzverfahren gebaut werden mit Natursteinen, die bereits vor Millionen von Jahren „geschmolzen“ wurden.

Der mit Gold gepflasterte Flugplatz. In Tanolita, Mexiko, wird das in den Bergwerken gewonnene Gold und Silber in Flugzeuge zu den Metallbanken gebracht. Der Flugplatz wurde an einem von Metalladern durchzogenen Bergabhang angelegt. Der Goldgehalt des Berges wird auf 2 000 000 Mark geschätzt. Dieser Flugplatz ist mithin der teuerste der Welt und ist nur möglich in der „neuen“ Welt.

Wiederbelebung des Tauschhandels. Die Währungskrisen in der Welt haben zur Folge, daß die große weltgeschichtliche Rolle des Geldes als Vermittler zwischen Produktion und Verbrauch und zwischen den Völkern erschüttert ist. Heute geht man wieder zum unmittelbaren Tauschhandel über. So ist beabsichtigt, amerikanischen Weizen gegen brasilianischen Kaffee auszutauschen, englische Kohle soll gegen ägyptische Baumwolle, russisches Petroleum gegen chilenisches Salpeter ausgetauscht werden. Damit kämen wir wieder zurück in vorgeschichtliche Zeiten, wo die Funktion des Geldes in dem heutigen Umfange noch nicht vorhanden war. Die menschliche Wirtschaft findet eben immer Auswege, wenn die künstliche Regelung der Produktion und des Verbrauchs versagen sollte.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Auf Antrag der Zahlstelle Neuhochstein wurde das Mitglied Wilh. Benner wegen Schädigung des Verbandes durch Geldunterföhrung ausgeschlossen.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gallen

Verjammlungen:

- Sonnabend, 17. Oktober.
- In Mannheim um 20 Uhr im „Komet“, Langstraße 14.
- Sonntag, 18. Oktober.
- In Grünberg um 9 Uhr bei Kochau.
- Sonntag, 25. Oktober.
- In Essen um 10 Uhr bei Fischer, Frohnhauser Straße. Wichtige Quartalsversammlung mit Bücherkontrolle. Alles zur Stelle.

Vertikale Reiseunterstützung, sogenanntes Lokalgeschenk, wird auch in Oldenburg in Oldemb. nicht mehr verabreicht.

Würzburg. (Bezirkszahlstelle.) Der Steinmetz Georg Schmitt von Rist, Bezirksamt Würzburg, soll sich melden, sein Vater sucht ihn wegen Erbschaftsangelegenheiten. Es wird gebeten, daß andere Kollegen den Gefuchten auf diesen Hinweis aufmerksam machen. Der Kollege Schmitt befindet sich seit 1922 auf Wanderschaft, ist jetzt 34 Jahre alt und hat noch kein Lebenszeichen von sich gegeben.

Am Ort zureisende und in Arbeit tretende Kollegen melden sich immer vorher beim Zahlstellenvorstand. Wer das unterläßt, hat keinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung! — Dieser Hinweis gilt für alle Berufsgruppen und alle Zahlstellen. Eine besondere Bekanntmachung dieser Art für einzelne Zahlstellen ist deshalb überflüssig, auch wenn von einzelnen auf die hundertprozentige örtliche Arbeitslosigkeit verwiesen wird. Zu beachten ist noch: Sperrebruch ist gleichbedeutend mit Streifbruch.

Bücher und Zeitschriften

Die deutsche Wirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft, Vortrag von Rudolf Wissell, Reichsarbeitsminister a. D., gehalten auf dem 17. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands im Juli 1931 in München, 29. Seiten. Organisationspreis 20 Pf., im Buchhandel 50 Pf. Herausgegeben vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Hannover, Rathenauplatz 3.

Der Vortrag bringt mehr als der Titel belagt. Wissells glänzende, mit reichem Tatsachenmaterial unterbaute Darstellung der Weltwirtschaftsfrage, gleichzeitig eine scharfe Kritik des kapitalistischen Systems, ist der Ausgangspunkt für seine Forderung nach planvoller Gemeinwirtschaft als Vorstufe des Sozialismus. Die blind abrollende kapitalistische Wirtschaft, die bei ungeheurem Ueberfluß an Lebensgütern die breiten Massen des Volkes hungern läßt, muß durch die Planwirtschaft, die nur allein uns aus dem Chaos der Weltwirtschaftsfrage retten kann, abgelöst werden. Der Kauf der gehaltenen und stilvoll glänzenden Broschüre ist jedem Interessenten zu empfehlen.

Otto Bernhard Wendler: Laubentlonie Erdenglüd. Roman. 228 Seiten. Ganzleinen. 1932. Verlag: Der Buchtreis, G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 4,80 Mark.

Der Autor des Romans ist schon bekannt geworden durch seinen Erstlingsroman „Soldaten, Märieen“, der in Deutschland in der Zeit der Kriegswirren mit unterging, in England und Amerika aber große Beachtung fand. Als Bühnenautor trat er erst jüngst in der Berliner „Tribüne“ mit der wichtigen Morität „Liebe, Mord und Alkohol“ hervor. Sein neuer Roman zeigt ihn von einer anderen Seite. „Laubentlonie Erdenglüd“ ist ein Großstadtkroman, der einfache Schicksale unpathetisch erzählt, Tragik und Komik des Alltagslebens in den Lauben und Gärten am Rand der Großstadt aufweist, aber auch mit frechem Humor an entsetzliche Dinge herangeht. Da Wendler in enger Verbindung mit der Arbeiterschaft lebt, schreibt er im Tonfall und Rhythmus einfacher Menschen. Hierin liegt in erster Linie die Bedeutung des Romanes: in dieser Gesellschaft von Gift und Inhaft, mit der Wendler das proletarische Milieu innerlich verarbeitet, es zu dem seinen macht, um zu den einfachen Menschen, denen seine Liebe gehört, sprechen zu können. Das Buch verdient weite Verbreitung nicht nur bei den Laubentlonisten.

Naturfreunde-Bildtafel 1932. Das Wandern vermittelt die Schönheit und Herrlichkeit der Natur, ihre Erhabenheit und Größe, ist eine Fundgrube der Erkenntnis und ein reicher Quell der Freude. Dieses spricht aus allen Blättern des loben erschienenen, von der Reichsleitung der Naturfreunde herausgegebenen Naturfreunde-Bildtafelers für 1932. In schmuckem Gewande liegt er mit 64 Kunstbrüchblättern vor uns.

Daß die Naturfreundebewegung die Förderung aller Arbeiter und Arbeiterorganisationen wegen ihrer Tätigkeit erfahren sollte, beweisen unter anderem die Bilder des Tafelers, der zum Preis von 1,50 Mark von allen Naturfreunde-Gruppen und Volkshandlungen zu beziehen ist. Der Naturfreunde-Verlag, Nürnberg W., Sündersbücherei 3, liefert gegen Voreinbarung von 1,50 Mark zuzüglich 30 Pfennig Postgeld.

Anzeigen

Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefern auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuh u. Ledertaschen 11,50 Mk., aus II-Drahtleder 8.— und 6.— Mk. Maurersocken 1,10 Mk. Echt Linder-Manchesterhosen Qual. I 15.—, II 11,50, III 10.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. Emil Hohlfeld, Dresden 6, Ritterst. 2 (Spezialfabrik für Berufskleidung)

Demitzer Steinsalbe

wird seit Jahren von dortigen Steinarbeitern gegen aufgesprungene und rissige Hände gebraucht und sehr gelobt. 1 Sch. 50 Pf., 100 Sch. 40 Mk. Isis-Werke Varel i. O. Postfach.

Bücher

dürfen in kein. Zahlstelle fehlen die in Betriebräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstraße 6

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Stettin. Am 24. September der Rammer Hermann Saß, 30 Jahre alt, 9 Monate krank, Lungenblutung.
- Löbau. Am 24. September der Granitsteinmetz Karl Adler, war 1½ Jahre krank; am 3. Oktober der Granitsteinmetz Bernhard Buchazek, 42 Jahre alt, zwei Wochen krank, Wundfieber durch Unfallverletzung.
- Mühlbach (Baden). Am 25. September der Sandsteinmetz Johannes Grittmann, 45 Jahre alt, 6 Jahre krank, Gelenkrheumatismus.
- Roth (Rhön). Am 29. September der Hilfsarbeiter Hermann Barthelmes, 48 Jahre alt, 8 Wochen krank, Magenkrebs.
- Niederlamitz. Am 2. Oktober der Granitsteinmetz Nikol. Hertel, 54 Jahre alt, 22 Monate krank, Staublunge.
- Berlin. Am 5. Oktober der Rammer Karl Kupper, 63 Jahre alt, 15 Monate krank, Magenleiden. — Am 10. Oktober der Steinsetzer Rudolf Giese, 79 Jahre alt, Altersschwäche.
- Delitzsch. Am 5. Oktober der Steinsetzer Wilhelm Gröndke, 55 Jahre alt, Herzschlag.

E H R E I H R E M A N D E N K E N

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Stebold, Verlag: Ernst Wiedler, Heide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Adressenänderungen

- 2. Gau: Mauer a. Bober. Vorj.: Willi Hauptmann, Bachhäuser 75. Kass.: Erich Hoffmann, Maßdorf Nr. 89. — Hrusdorf, Reichensbach (O.-Lau.) Land. Vorj.: Paul Schneider, Nr. 140.
- 3. Gau: Häslich, Post Bischheim-Gersdorf (Sa.). Vorj.: Richard Thomische, Nr. 48, part.
- 9. Gau: Ober-Ramstadt. Vorj. u. Kass.: Michael Keller, Am Rühlker 12.

Briefkasten

Rückzahlung der Fürsorge durch Erben. Fürsorgeleistungen sind bekanntlich nach Möglichkeit zurückzuerstatten. Der Unterföhrte ist verpflichtet, dem Fürsorgeverband die aufgewendeten Kosten zu ersetzen. Neu ist jedoch, daß der Erbe des Fürsorgeempfängers, gegen den sich der Erstattungsanspruch ebenfalls richtet, nur mit dem Nachlaß haftet. Darüber hinaus sind unterhaltsberechtignte Angehörige als Erben berechtigt, den Ersatz zu verweigern, wenn sie selbst nicht nur vorübergehend Fürsorge beziehen.

Waisenrente? Zur Beantwortung der Anfrage diene folgendes: Ein Lehrling war 5 Wochen arbeitsunfähig krank und erhielt in dieser Zeit keine Berufsausbildung. Nach § 1259 der Reichsversicherungsordnung wird die Waisenrente für den Lehrling u. a. nur für die Zeit der Berufsausbildung gewährt. Dem Lehrling wurde daher die Waisenrente für die Dauer der Krankheit entzogen. Das Reichsversicherungsamt aber hat entschieden: Eine kurze, nicht länger als etwa 6 Wochen anhaltende Krankheit ist bei Lehrverhältnissen nicht als Unterbrechung der Berufsausbildung anzusehen und hat den Wegfall der Waisenrente nicht zur Folge (Reichsarbeitsblatt IV 1930 S. 25).

Liparit? — ist ein hellgrüner Tuffstein, nach den Liparischen Inseln benannt, wo er „gefunden“ wurde. Fast härter als Marmor; jedoch ist das Gefüge nicht so fest wie bei diesem. Liparit ist weniger porig als andere Tuffe. Matt geschliffen ist seine meergüne Färbung besonders auffallend. Er läßt sich für viele Zwecke im Hausbau verwenden, besonders auch für Fußbodenbelag, weil er durch seine feinen Poren nicht unangenehm glatt wird. Er ist widerstandsfähig, wetterbeständig und wird auch von Säuren nicht angegriffen. (Vieleiter: W. Thust, Natursteinwerke, Groß-Kunzendorf.)